



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 108. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Oktober 2025, ca. 12 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Beate Nielsen (CDU), in Vertretung von Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Dirk Kock-Rohwer

Dr. Kai Dolgner (SPD), in Vertretung von Beate Raudies

Martin Habersaat (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Annabell Krämer (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Rixa Kleinschmit (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung des Mitbestimmungsrechts	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3173	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 20/5340	
2. Gastronomie stärken	6
Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW Drucksache 20/3284 (neu)	
3. Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen	7
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/3289	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes und weiterer Vorschriften	8
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/3589	
5. a) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2026 bis 2029 der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Landesregierung Drucksache 20/3567	
b) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 2 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Hochschulmedizin für die Jahre 2026-2029 zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Universität zu Lübeck, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	9
Antrag der Landesregierung Drucksache 20/3568	
6. Entwurf eines Gesetzes über das Ausbildungszentrum für Verwaltung (Ausbildungszentrumsgesetz – AZG)	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3570	

7.	Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes Sachsenwald	11
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD Drucksache 20/3588	
8.	Beschlussvorschlag der Landesregierung zur Verwendung von Ausschüttungen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) an das Land	12
	Antrag der Landesregierung Drucksache 20/3580	
9.	Sitzungstermine 2026	13
10.	Information/Kenntnisnahme	14
	Umdruck 20/5233 – treibhausgasneutrale Landesliegenschaften Umdruck 20/5239 – Entwicklung der Rücklagen Umdruck 20/5241 – Fortschreibung von Haushaltsdaten Umdruck 20/5314 – Personalkostenberechnung	
11.	Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 12:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf die nächste Sitzung vertagt werden.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung des Mitbestimmungsrechts

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3173](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/4927, 20/4976, 20/5025, 20/5039, 20/5045, 20/5047, 20/5051, 20/5057, 20/5058, 20/5059, 20/5063, 20/5067, 20/5069, 20/5079](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 20/5340](#)

Der Finanzausschuss vertagt die Beratung auf die Sitzung am 6. November 2025.

2. **Gastronomie stärken**

Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW
[Drucksache 20/3284](#) (neu)

(überwiesen am 19. Juni 2025 an den **Finanzausschuss** und den
Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/5055](#), [20/5129](#), [20/5134](#), [20/5151](#), [20/5158](#),
[20/5159](#), [20/5170](#), [20/5171](#), [20/5179](#), [20/5190](#),
[20/5215](#)

Auf Vorschlag des Abgeordneten Dr. Dolgner beschließt der Finanzausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 10. Oktober 2025 zu benennen.

3. Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/3289](#)

(überwiesen am 19. Juni 2025)

hierzu: [Umdrucke 20/5056, 20/5137, 20/5143, 20/5152, 20/5168,](#)
[20/5172, 20/5210, 20/5288](#)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Finanzausschuss, Anfang 2026 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 10. Oktober 2025 zu benennen.

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stiftungsgesetzes
und weiterer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN

[Drucksache 20/3589](#)

(überwiesen am 26. September 2025 an den **Innen- und Rechtsaus-
schuss** und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsaus-
schusses an, schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

5. a) **Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2026 bis 2029 der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/3567](#)

- b) **Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 2 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Hochschulmedizin für die Jahre 2026-2029 zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Universität zu Lübeck, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/3568](#)

(überwiesen am 26. September 2025 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss möchte nachrichtlich zu der Anhörung des federführenden Bildungsausschusses am 9. Oktober 2025 eingeladen werden und will am 6. November 2025 über die Anträge der Landesregierung beraten. Die Anträge sollen in der Novembertagung des Landtags in zweiter Lesung behandelt werden.

6. Entwurf eines Gesetzes über das Ausbildungszentrum für Verwaltung (Ausbildungszentrumsgesetz – AZG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/3570](#)

(überwiesen am 26. September 2025)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Finanzausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 10. Oktober 2025 zu benennen. Der Gesetzentwurf soll in der Dezembertagung des Landtags in zweiter Lesung behandelt werden.

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes
Sachsenwald**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD

[Drucksache 20/3588](#)

(überwiesen am 26. September 2025 an den **Innen- und Rechtsaus-
schuss** und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsaus-
schusses an, schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

**8. **Beschlussvorschlag der Landesregierung zur Verwendung von
Ausschüttungen der Investitionsbank Schleswig-Holstein
(IB.SH) an das Land****

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/3580](#)

(überwiesen am 26. September 2025)

hierzu: [Umdruck 20/5262](#)

Der Ausschuss vertagt die Beratung auf die nächste Sitzung.

9. Sitzungstermine 2026

Der Ausschuss vertagt die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung.

10. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/5233](#) – treibhausgasneutrale Landesliegenschaften
- [Umdruck 20/5239](#) – Entwicklung der Rücklagen
- [Umdruck 20/5241](#) – Fortschreibung von Haushaltsdaten
- [Umdruck 20/5314](#) – Personalkostenberechnung

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu [Umdruck 20/5239](#) antwortet Finanzministerin Dr. Schneider, man prüfe, die Sabbatjahr-Rücklage, die bürokratisch sei und nicht gut funktioniere, aufzulösen. – Dieser Umdruck soll in der Ausschusssitzung am 6. November 2025 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Bei [Umdruck 20/5314](#) bekräftigt Abgeordnete Krämer ihren Wunsch, die Personalkosten im Haushalt getreu dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und -wahrheit realistisch zu veranschlagen. – Die Finanzministerin weist noch einmal darauf hin, dass sich die Kalkulation mit 50.000 Euro pro Stelle bewährt habe und sie die Veranschlagungspraxis auch mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation nicht ändern wolle.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis, bis auf [Umdruck 20/5239](#) (Rücklagen), der am 6. November 2025 auf die Tagesordnungspunkt gesetzt werden soll.

11. Verschiedenes

- a) Die nächste Ausschusssitzung findet am 9. Oktober 2025 statt.
- b) Ministerin Dr. Schneider teilt mit, dass Berlin dem Data Center Steuern, das von Data-port betrieben werde, beitrete und die norddeutsche Kooperation damit gestärkt werde.
- c) Sodann informiert die Ministerin den Ausschuss kurz über den aktuellen Stand der Verwaltungsvereinbarung zum Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz des Bundes. In der nächsten Woche stehe die zweite und dritte Bundestagsbefassung an, am 17. Oktober 2025 die Beschlussfassung im Bundesrat. Nach heutigem Stand sei im Gesetzentwurf das Kriterium der Zusätzlichkeit nicht vorgeschrieben und eine Doppelförderung für die Kommunen möglich (zum Beispiel Städtebaumittel und Mittel aus dem Sondervermögen), die Mindestförderhöhe betrage 50.000 Euro. Der Entwurf der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bundesfinanzministerium und Landesfinanzministerien habe der Landesregierung Anfang September 2025 zum ersten Mal vorgelegen, sei extrem bürokratisch und solle parallel zum Gesetzentwurf Mitte Oktober 2025 beschlossen werden; sie wolle den Landtag über den endgültigen Inhalt vor der Unterzeichnung informieren. Schleswig-Holstein erhalte einen Gesamtbetrag von knapp 3,5 Milliarden in zwölf Jahren, die Mittel würden im Landeshaushalt dargestellt. Land und Kommunen stünden in engem Kontakt. Die Kommunen erarbeiteten gerade ein Verfahren zur Verteilung der Mittel unter Berücksichtigung der finanzschwachen Kommunen. Das Land müsse eine zuständige Stelle als Ansprechperson gegenüber dem Bund einrichten, die Umsetzung des Programms koste personelle Ressourcen.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Krämer antwortet die Ministerin, das Land nehme keinen Einfluss auf die Mittelverwendung in den einzelnen Kommunen. Man werde die in Rede stehenden Bundesmittel im Landeshaushalt in einem eigenen Kapitel in Einzelplan 16 oder in einem neuen Einzelplan 17 einstellen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer